



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Mobilität
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 20.06.2024

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Mobilität
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Mobilität
am Donnerstag, 27. Juni 2024, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschriften**
2. **Nahverkehrsplan-Entwurf**
Erkenntnisse OBR-/Bürgerbeteiligung, Ausbau Barrierefreiheit und weitere Rahmensetzungen

Anträge aus der Sitzung vom 16.05.2024:

3. **24-F-63-0037**

Lärmbelästigung und Gefährdung durch Poser im Stadtgebiet

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 07.05.2024 -

Die ersten warmen Tage des Jahres haben nicht nur wieder viele Menschen auf die Straßen unserer Stadt gelockt, sondern auch viele motorisierte Poser zu Ausfahrten animiert.

Gerade an Wochenenden kann man abends kaum noch durch die Stadt gehen, ohne mit laut aufheulenden Motoren, quietschenden Reifen und sinnlosen Beschleunigungsrennen konfrontiert zu werden. Dies geht nicht nur mit erheblicher Lärmbelästigung für die Anwohnerinnen und Anwohner und die Gäste der Innenstadt einher, sondern stellt auch eine reale Gefährdung für andere Verkehrsteilnehmende dar. Insbesondere bei Angeberstarts in den dichten Straßen der Stadt können bei den z.T. hoch motorisierten Fahrzeuge schnell außer Kontrolle geraten und massive Schäden anrichten. Die "Kurzstreckenrennen" vor auf Rot springenden Ampeln stellen eine erhebliche Gefahr für die Menschen dar, die dort Fußgängerübergänge nutzen.

- 1) Der Magistrat wird gebeten, nach Rücksprache mit der Landespolizei im nächsten Ausschuss zu berichten,
 - a) wie sich das Poser-Problem in Wiesbaden in den vergangenen Jahren entwickelt hat.
 - i) Wächst die Szene?
 - ii) Gibt es örtliche Schwerpunkte?
 - iii) Welche Arten von Fahrzeugen werden dabei verwendet?
 - b) welche polizeilichen Maßnahmen (z.B. im Rahmen der Einsatzgruppe ARGUS) dagegen ergriffen wurden und wie diese sich bisher ausgewirkt haben.
 - c) welche (präventiven/repressiven) Maßnahmen sie der Stadt empfehlen würde, um diese Probleme einzudämmen.
 - d) ob der Einsatz sog. Lärmblytzer, unter Einbeziehung von Erfahrungswerten anderer Städte, sinnvoll wäre und was die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind und dabei die Erfahrungswerte anderer Städte auszuwerten.
 - e) welche konkreten Möglichkeiten Privatpersonen haben, wenn sie auf Poser und Raser im Stadtgebiet aufmerksam werden.
 - f) wie die Daten von Lärmblytzer im Lärmaktionsplan und der Lärmkartierung im Geoportal berücksichtigt werden können.
- 2) Der Ausschuss appelliert an den Magistrat, gemäß Beschluss 0143 des Mobilitätsausschusses vom 03.11.2022 eine stationäre Geschwindigkeitskontrolle am Gustav-Stresemann-Ring stadtauswärts umzusetzen.

4. 24-F-22-0014

Rechtsabbieger Konrad-Adenauer-Ring

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 07.05.2024 -

Aus Richtung Dotzheimer Straße kommend stehen den Verkehrsteilnehmern an der Kreuzung Konrad-Adenauer-Ring / Schiersteiner Straße drei Fahrstreifen zur Verfügung. Zwei Fahrstreifen führen über die Kreuzung weiter in Richtung Biebricher Allee fort, der dritte Fahrstreifen ist ein Rechtsabbiegestreifen in die Schiersteiner Straße Richtung A643.

An der Kreuzung und in ihrem Vorfeld kommt es regelmäßig zu Rückstaus (zum Teil bis zum Edeka am Karlsbader Platz). Grund ist, dass der Rechtsabbiegerstreifen erst auf Höhe des Parkhauses Asklepios Paulinen Klinik beginnt, sodass die Rechtsabbieger den rechten Geradeausfahrstreifen blockieren und somit eigentlich nur ein Geradeausfahrstreifen frei ist.¹ Eine verbesserte Abbiegemöglichkeit in Richtung Autobahn könnte die Stausituation auflösen. Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

¹ [7 Konrad-Adenauer-Ring - Google Maps](#)

Der Magistrat wird gebeten, an dem Kreuzungsbereich Konrad-Adenauer-Ring / Schiersteiner Straße eine verbesserte Abbiegemöglichkeit in die Schiersteiner Straße in Richtung A643 zu schaffen.

5. 24-F-05-0005

Umbaumaßnahme an der Ringkirche

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 07.05.2024 -

Die Kanalbaustelle rund um die Ringkirche sorgt bereits seit Monaten für erhebliche Staus und Unmut bei den Verkehrsteilnehmern.

In Verbindung mit dem bereits zuvor erfolgten Umbau der Kreuzung 1. Ring/Rheinstraße und der damit weggefallenen Möglichkeit vom Dotzheimer Straße kommend über den 1. Ring in die Rheinstraße abzubiegen, haben sich Fahrtzeit und -strecke für viele Verkehre signifikant verlängert. Der Rückstau auf den Fahrspuren in der Dotzheimer Straße blockiert mittlerweile sogar die dort angelegte Busspur und sorgt auch im Busverkehr für Verspätungen.

Nachdem der Magistrat bei Beginn der Baumaßnahme im Februar die einzelnen Baustellenphasen und ihre Auswirkungen transparent kommuniziert hatte, wurde in der vergangenen Woche plötzlich eine Änderung des Baustellenablaufs verkündet und umgesetzt. Nun werden beide Fahrbahnen bis August voll gesperrt. Die Verkehrssituation hat sich seitdem nochmals deutlich verschlechtert.

In der Pressemitteilung der LHW wird darauf verwiesen, dass dies „im Sinne der Nachhaltigkeit“ die beste Lösung sei, weil die Straße nur einmal aufgerissen werden müsse. Das Areal rund um die Ringkirche liegt jedoch laut derzeitigem Stand der Wärmeplanung im Bereich der zukünftigen Fernwärmeversorgung. Die Straße droht also in wenigen Jahren wieder aufgerissen zu werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu berichten,
 - a. ob ESWE Versorgung bereits bei der ursprünglichen Planung der Baustelle miteinbezogen wurde.
 - b. aus welchen Gründen ESWE Versorgung vormals die Baumaßnahme nicht zur Verlegung neuer Trinkwasserleitungen nutzen wollte.
 - c. welche Gründe nun zu einem Umdenken bei ESWE Versorgung geführt haben.
 - d. ob angesichts der erheblichen Auswirkungen der Baustelle und der Lage des Areals um die Ringkirche im zukünftigen „Fernwärmegebiet“ eine gleichzeitige Verlegung von Fernwärmeleitungen geprüft wurde.
 - e. wann der Magistrat mit einer abermaligen Öffnung des Straßenkörpers an der Ringkirche zur Verlegung der Fernwärmeleitungen rechnet.

- 2) zu prüfen, ob

- a. die Ampelphasen (gegebenenfalls dynamisch mithilfe von DIGI-V) so angepasst werden können, dass der Verkehrsabfluss von der Dotzheimer Straße auf den 1. Ring erleichtert wird, um so den Rückstau auf der Dotzheimer Straße zu verringern.
 - b. der Durchstich des 1. Rings auf Höhe der Rüdeshheimer Straße während der Baustellenzeit auch für von der Ringkirche kommende Fahrzeuge freigegeben werden kann.
- 3) die Beschilderung zur Straßensperrung und den Umleitungsstrecken erheblich zu verbessern.

6. 24-F-15-0019

Kurzfristige Ausweisung eines Parkstreifen in der westlichen Borsigstraße in Nordenstadt

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 07.05.2025 -

Der Ortsbeirat Nordenstadt (24-O-20-0009) und viele Nutzer dieses Straßenbereichs wünschen sich einen Bau des Parkstreifens in der Borsigstraße zwischen der Konrad-Zuse-Straße und dem Wertstoffhof.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschliessen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, unverzüglich den Randstreifen der westlichen Borsigstraße zum Parken für PKW freizugeben.

Anträge zur Sitzung am 27.06.2024:

7. 24-F-22-0030

Mehr Sicherheit durch nachts selbstleuchtenden Asphalt?

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 19.06.2024 -

In Polen wurde ein neuwertiger Asphalt erfunden, der nach Einbruch der Dunkelheit in leuchtendem Blau erstrahlt. Dank seiner fluoreszierenden Oberfläche speichert der Belag schon bei einer Stunde Tageslicht genügend Energie, um nachts über acht Stunden Helligkeit zu spenden. Bis zu 20 Jahre soll der Straßenbelag halten und auch den Winter problemlos überstehen.

In mehreren europäischen Ländern wird dieser Asphalt bereits genutzt. Auch in Deutschland planen mehrere Kommunen den Einsatz.

Durch diesen Asphalt könnten z. B. Fußgängerüberwege oder Zebrastreifen, Tempo-Markierungen auf der Straße, Sperrflächen usw. an sicherheitsrelevanten Stellen (eventuell im Bereich von Schulen, Krankenhäusern oder Altersheimen) auch in der Nacht besonders hervorgehoben werden.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob der Einsatz von selbstleuchtendem Asphalt nach dem polnischen Modell in Wiesbaden möglich und sinnvoll (besonders hinsichtlich eines Kosten-Nutzen-Faktors) ist und dem Ausschuss für Mobilität dazu berichten.

8. 24-F-63-0057

Für mehr Sicherheit: Tempo 30 vor Krippen, Kindertagesstätten, Schulen sowie Pflege- und Gesundheitseinrichtungen

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 19.06.2024 -

Vor vielen Wiesbadener Krippen, Kindergärten, Schulen und Gesundheitseinrichtungen gilt bereits T30 - aber noch nicht vor allen. Diese Bereiche sind aber besonders sensibel - bei Unterrichtsbeginn und -ende ballen sich an Schulen viele Kinder und Jugendliche in kurzer Zeit, die zu Fuß, mit dem Rad, mit dem Auto der Eltern oder mit dem Bus den Heimweg antreten. Mit der Novelle des Straßenverkehrsgesetzes und der sich weiterentwickelnden Straßenverkehrsordnung ergeben sich "erleichterte Tempo-30-Regelungen an Fußgängerüberwegen, vor Kindergärten und Kindertagesstätten, Spielplätzen, hochfrequentierten Schulwegen, allgemeinbildenden Schulen, Förderschulen, Alten- und Pflegeheimen oder Krankenhäusern."² Dadurch öffnet sich womöglich die Option, die Geschwindigkeit von 50 km/h dort zu reduzieren, wo es vor den o.g. Einrichtungen bislang nicht möglich war.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

1. Der Ausschuss bestätigt das Ziel Tempo 30 vor besonders sensiblen Bereichen wie Krippen, Kindertagesstätten und Schulen, Alten- und Pflegeheimen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Krankenhäuser und Kliniken möglichst überall dort umzusetzen, wo es zulässig ist.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

2. zu prüfen, welche Möglichkeiten angesichts der Novellierung der StVO und des StVG bestehen, grundsätzlich niedrigere Geschwindigkeiten vor diesen Einrichtungen zu realisieren.
3. einen Leitfaden zu entwickeln, wie entsprechende Geschwindigkeitsbeschränkungen möglichst effizient beantragt und umgesetzt werden können.
4. beides dem Ausschuss für Mobilität vorzustellen.

9. 24-F-22-0031

Schienenersatzverkehr Riedbahn

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 19.06.2024 -

In der zweiten Jahreshälfte wird die Riedbahn zwischen Mannheim und Frankfurt für fünf Monate komplett gesperrt, um den Streckenabschnitt umfassend zu sanieren. Während der Sperrung richtet die Deutsche Bahn einen umfangreichen Schienenersatzverkehr ein. Hierfür hat die Deutsche Bahn nicht nur rund 150 hochmoderne Busse angeschafft, sondern auch Fahrpersonal aus zahlreichen europäischen Ländern rekrutiert und geschult.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sich bei der Personalrekrutierung für ESWE Verkehr an den erfolgreichen Rekrutierungsmaßnahmen der Deutschen Bahn zu orientieren.

² [Mehr Spielraum für Länder und Kommunen | Bundesregierung](#)

2. zu prüfen, ob nach Abschluss der Riedbahnsanierung die Möglichkeit besteht, Personal oder Busse von der Deutschen Bahn zu übernehmen.

10. 24-F-15-0030

Geplante Vollsperrung der Platter Straße

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 19.06.2024-

Dem Vernehmen nach wird die Platter Straße über Monate hinweg komplett gesperrt. Wir befürchten daher ein völliges Verkehrschaos. Die Bereiche der Emser Straße und des Dürerplatzes sind jetzt schon teilweise am verkehrstechnischen Limit angelangt.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschliessen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie genau die jeweiligen Umleitungsvarianten für PKW, LKW und ÖPNV aussehen?
2. Wie der genaue Zeitplan für die gesamte Baumaßnahme aussieht?
3. Welche weiteren Möglichkeiten zur Entlastung der Innenstadt in diesem Zeitraum bestehen?
4. Ob die Bauarbeiten auch mit einer Teilspernung durchzuführen sind?
5. Welche alternativen Umleitungsvarianten noch in Erwägung gezogen werden können?
6. In welcher Weise und zu welchem Zeitpunkt die zuständigen Ortsbeiräte über diese Baumaßnahmen, die Sperrungen und die dadurch erforderlichen Umleitungen informiert wurden?

11. 24-F-15-0029

Hochzeitskorso-Unwesen bekämpfen

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 19.06.2024-

Immer wieder kommt es zu Störungen im öffentlichen Straßenverkehr durch sogenannte Hochzeitskorsos. Diese blockieren und nötigen dadurch alle anderen Verkehrsteilnehmer.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschliessen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie sich die Fallzahlen in diesem Bereich seit 2020 entwickelt haben?
2. Inwieweit ist die Stadtpolizei hier neben der Landespolizei eingebunden?
3. Gibt es von Seiten der Stadtpolizei entsprechende Fallzahlen pro Jahr bzw. Statistiken?
4. Welche präventiven Maßnahmen werden von der Stadtpolizei durchgeführt?
5. Ob bekannt ist, das Teilnehmer dieser illegalen Veranstaltungen sanktioniert wurden und wenn ja, wie?

12. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 23-F-63-0154

Weichen stellen für eine neue Igelsteinkurve

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.11.2023 -

Hinweise: Der Bericht von Dezernat V vom 08.06.2024 steht im PiWI zur Verfügung.
Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 25.06.2024.

2. 23-V-66-0234

Stationskonzept für E-Tretroller im historischen Fünfeck

Hinweis: Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 25.06.2024.

3. 24-V-66-0305

DL 16/24-16

Mehrkosten Zufahrtskontrolle Rheinufer Kastel

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kraft
Voritzender